



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Lange

Telefon: (0221) 221-26014

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: maria.lange@stadt-koeln.de

Datum: 13.05.2014

Niederschrift

über die **37. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 12.05.2014, 16:30 Uhr bis 17:29 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel	SPD	
Herr Dr. Ralf Heinen	SPD	
Herr Axel Kaske	SPD	
Herr Horst Noack	SPD	in Vertretung für Frau dos Santos Herrmann
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Winrich Granitzka	CDU	
Herr Karl-Jürgen Klipper	CDU	
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	
Herr Jörg Frank	GRÜNE	
Frau Barbara Moritz	GRÜNE	
Herr Ralph Sterck	FDP	
Herr Karel Schiele	pro Köln	in Vertretung für Frau Wolter

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Andreas Henseler	Freie Wähler Köln	zu TOP 3.1
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE.	

Verwaltung

Frau Beigeordnete Ute Berg

Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing

Frau Christiane Jäger

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug
Frau Christine Kronenberg
Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach
Frau Beigeordnete Henriette Reker
Herr David Sprenger
Herr Gregor Timmer

Gäste

Herr Jörn Schwarze

Schriftführerin

Frau Maria Lange

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	vertreten durch Herrn Noack
Frau Judith Wolter	pro Köln	vertreten durch Herrn Schiele

Herr Oberbürgermeister Roters begrüßt die Anwesenden und eröffnet die letzte Hauptausschusssitzung in dieser Wahlperiode.

Außerdem greift er die Anregung von Herrn Börschel aus der letzten Sitzung des Hauptausschusses auf, in dieser Sitzung unter dem Tagesordnungspunkt „Aktuelle Informationen zur Nord-Süd-Stadtbahn“ ein Votum dazu einzuholen, ob die Mitglieder des Hauptausschusses zukünftig auf die regelmäßigen Berichte der KVB zum Stand der Nord-Süd-Stadtbahn verzichten.

Die Tagesordnung wird um folgende Tagesordnungspunkte ergänzt:

- 1.1.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von RM Frank betreffend "Überplanmäßige Ausgabe bei der Baumaßnahme Ufertreppe in Köln-Porz" 1552/2014
- 1.1.3 Bericht des Ältestenrates an den Hauptausschuss für 2012/2013 1572/2014
- 2.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Sanierung der Bahnhöfe" AN/0697/2014
- 3.1 Antrag der CDU-Fraktion und von Herrn Andreas Henseler - Freie Wähler betreffend "Beteiligen, nicht bevormunden - Bürgerbefragung zum Erhalt des Rathausplatzes" AN/0665/2014

- 4.1.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Niehl
Arbeitstitel: Drosselweg/Finkenplatz in Köln-Niehl
1387/2014
- 4.1.2 4. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen vom 18.12.2013
1533/2014
- 4.1.3 Ersatzbeschaffung einer Kuvertieranlage
1390/2014

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10.1.1 Abschluss eines Sponsoringvertrages
1521/2014

Absetzungen gibt es keine.

Der nachfolgenden Tagesordnung stimmt der Hauptausschuss einstimmig zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Aktuelle Informationen zum Thema "Nord-Süd Stadtbahn"

1 Mitteilungen

- 1.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters
 - 1.1.1 Akteneinsicht gem. § 55 Absatz 4 GO NRW in die Verwaltungsunterlagen, die der Fertigung der Ratsvorlage 0759/2014 - "Errichtung von Unterkünften in Systembauweise zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien" zu Grunde liegen
1439/2014
 - 1.1.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von RM Frank betreffend "Überplanmäßige Ausgabe bei der Baumaßnahme Ufertreppe in Köln-Porz"
1552/2014
 - 1.1.3 Bericht des Ältestenrates an den Hauptausschuss für 2012/2013
1572/2014

- 1.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 2.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Sanierung der Bahnhöfe"

AN/0697/2014

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1 Antrag der CDU-Fraktion und von Herrn Andreas Henseler - Freie Wähler betreffend "Beteiligen, nicht bevormunden - Bürgerbefragung zum Erhalt des Rathausplatzes"
AN/0665/2014

4 Dringlichkeitsentscheidungen

- 4.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 4.1.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Niehl
Arbeitstitel: Drosselweg/Finkenplatz in Köln-Niehl
1387/2014

- 4.1.2 4. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen vom 18.12.2013
1533/2014

- 4.1.3 Ersatzbeschaffung einer Kuvertieranlage
1390/2014

- 4.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5 Sonstige Allgemeine Vorlagen

6 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

7 Mitteilungen

- 7.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

- 7.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Dringlichkeitsvorlagen

- 10.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 10.1.1 Abschluss eines Sponsoringvertrages
1521/2014
- 10.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 11 Personalien**
- 12 Sonstige allgemeine Vorlagen**
- 13 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

Aktuelle Informationen zum Thema "Nord-Süd Stadtbahn"

Herr Schwarze kann heute ergänzend zu dem Vortrag von vor zwei Wochen keine zusätzlichen Informationen liefern. Er stehe jedoch gerne bei Bedarf für Fragen aus dem Gremium zur Verfügung.

Herr Oberbürgermeister Roters fragt, ob die Mitglieder des Hauptausschusses zukünftig auf die regelmäßigen Berichte der KVB zum Stand der Nord-Süd-Stadtbahn verzichten wollen und nur noch bei neuen Entwicklungen von der KVB informiert werden sollen.

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

- 1 Mitteilungen**
 - 1.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters**
 - 1.1.1 Akteneinsicht gem. § 55 Absatz 4 GO NRW in die Verwaltungsunterlagen, die der Fertigung der Ratsvorlage 0759/2014 - "Errichtung von Unterkünften in Systembauweise zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien" zu Grunde liegen
1439/2014**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

1.1.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von RM Frank betreffend "Überplanmäßige Ausgabe bei der Baumaßnahme Ufertreppe in Köln-Porz" 1552/2014

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

1.1.3 Bericht des Ältestenrates an den Hauptausschuss für 2012/2013 1572/2014

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

1.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Sanierung der Bahnhöfe" AN/0697/2014

Herr Beigeordneter Höing wird die Antwort auf die Anfrage zur Niederschrift liefern.

Herr Frank ergänzt, dass für ihn die Frage nach der Vorfinanzierung der Planungskosten, wie es in der Stadt München gehandhabt wird, die Kernfrage dieser Anfrage sei. Diese Möglichkeit böte sich für die drei Projekte „Bahnhof Köln-Süd“, „Zusätzlicher Bahnhofpunkt CFK-Gelände“ und „Berliner Straße“ an.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Antrag der CDU-Fraktion und von Herrn Andreas Henseler - Freie Wähler betreffend "Beteiligen, nicht bevormunden - Bürgerbefragung zum Erhalt des Rathausplatzes" AN/0665/2014

Herr Granitzka bittet die anderen Fraktionen aufgrund der 31.500 abgegebenen Unterschriften aus der Bürgerschaft sich den Antrag anzuschließen und die Bürgerinnen und Bürger an dem Entscheidungsprozess zu beteiligen.

Herr Henseler ist der Meinung, dass kein Baubeschluss vorhanden sei und das Projekt noch nicht zu weit gediehen sei, um noch Änderungen an der Planung vorzunehmen. Er weist auf die 1000 m² ungenutzte Ausstellungsfläche unter dem Rathaus hin, die für ein jüdisches Museum genutzt werden könnten. Vor einer juristischen Auseinandersetzung warnt er.

Herr Börschel betont, dass Kritik und Anregungen aus der Bürgerschaft legitim sei. Die bisherigen Anregungen aus der Mitte der Bürgerschaft und die engagierte Diskussion hätten das Projekt bereits vorangebracht und verbessert. Es sei jedoch nicht klar, was die Gegner des Projektes eigentlich wollen, da sie einerseits ein Bürgerbegehren, andererseits eine Bürgerbefragung beantragen. Den Zeitpunkt für ein Bürgerbegehren hätten sie eindeutig verpasst. Die Behauptung, dass durch die Alternativplanung die Kosten halbiert werden könnten, sei bisher

nicht belegt worden. Seitens der CDU-Fraktion seien in der Vergangenheit schon die unterschiedlichsten Alternativvorschläge unterstützt worden. Dies erwecke den Eindruck, dass sie das Projekt immer wieder verschieben wolle.

Frau Moritz stellt fest, dass die Realisierung eines jüdischen Museums und gleichzeitig einer reduzierte Bebauung nicht möglich sei. Durch weitere Verzögerungen entstünden hohe unnötige Kosten für den Steuerzahler. Der Alternativentwurf sei nicht zu Ende gedacht und nicht korrekt.

Herr Sterck weist daraufhin, dass mit jedem Monat Stillstand 100.000 € zusätzliche Kosten entstünden. Es handle sich auch nicht um eine Bebauung des Rathausplatzes, sondern des Rathausvorplatzes. Die Bürgerinnen und Bürger seien durch den Missbrauch des Begriffes Bürgerbegehren in die Irre geleiten worden. Wenn es einen Baubeschluss gäbe, wäre die Frist verstrichen. Wenn es keinen Baubeschluss gäbe, könne man auch kein Bürgerbegehren initiieren.

Herr Dr. Elster erläutert, dass der Alternativentwurf nur skizziert worden sei. Die Idee, das jüdische Museum mit dem Neubau des Stadtmuseums am Roncalliplatz zu realisieren, biete Möglichkeiten von Synergien. Im derzeitigen Entwurf seien keine Räume für Leitung und die Verwaltung des Museums vorgesehen.

Frau Stahlhofen bemerkt, dass die mittelalterliche Straßenkante, die jetzt wieder hochgezogen wird, noch bis zur Bombardierung Kölns Bestand gehabt hätte. Die archäologische Zone sei ein Bodendenkmal, das man nicht an einen anderen Ort verlegen könne und im Zusammenhang mit dem jüdischen Museum stehe. In den 50iger Jahren hätte es Überlegungen gegeben, auf diesem jetzigen Rathausvorplatz das Rathaus zu bauen. Der Zeitpunkt für ein Bürgerbegehren sei von den Gegnern verpasst worden.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat unverzüglich einen Beschlussvorschlag für eine Bürgerbefragung zum Erhalt des Rathausplatzes nach dem Modell der Befragung zum Ausbau des Godorfer Hafens (vgl. Vorlagen-Nr. 0575/2011) vorzulegen.
2. Die an die Bürgerinnen und Bürger zu richtende Frage lautet: „Soll der geplante, mindestens 51,7 Millionen Euro teure Hochbau vor dem Rathaus nach erneutem Architektenwettbewerb durch eine behutsame, maßvolle Lösung ersetzt werden, die den Rathausplatz erhält, die archäologischen Funde mit den Zeugnissen jüdischer Kultur erlebbar macht und die Baukosten um die Hälfte vermindert?“
3. Zu diesem Zweck soll die von dem „Bürgerbegehren Rathausplatz“ favorisierte „behutsame, maßvolle Lösung, die den Rathausplatz erhält, die archäologischen Funde mit den Zeugnissen jüdischer Kultur erlebbar macht und die Baukosten (Bezug 51,7 Mio. €) um die Hälfte vermindert“ planerisch aufgearbeitet und in einem architektonischen, stadtplanerischen und finanziellen Vergleich dem aktuellen Vorschlag der Architekten Wandel Hoefler Lorch GmbH gegenübergestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und von pro Köln

4 Dringlichkeitsentscheidungen

4.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Niehl
Arbeitstitel: Drosselweg/Finkenplatz in Köln-Niehl
1387/2014

Beschluss:

Gemäß § 60 Absatz 2 Satz 1 Gemeindeordnung NW (GO NW) wird wie folgt beschlossen und gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 GO NW genehmigt:

Der Hauptausschuss beschließt die Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Niehl –Arbeitstitel: Drosselweg/Finkenplatz in Köln-Niehl– für die Grundstücke beidseitig des Niehler Kirchweges zwischen Friedrich-Karl-Straße und Niehler Straße, beidseitig des Drosselweges, beidseitig der Niehler Straße zwischen Niehler Kirchweg und der Grünfläche nördlich der Spechtstraße, die Grundstücke am Finkenplatz und die auf der Westseite der Spechtstraße in Köln-Niehl in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen gegen die Stimme von pro Köln

4.1.2 4. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen vom 18.12.2013
1533/2014

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt gem. § 60 Abs.1 Satz 1 der Gemeindeordnung NW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten 4. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 vom 18.12.2013 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4.1.3 Ersatzbeschaffung einer Kuvertieranlage
1390/2014

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in einem offenen Verfahren die Leistung für ein Kuvertiersystem in der Druckerei nach den Vergaberichtlinien (VOL/A) mit einem Volumen von 505.800 € auszuschreiben. Auf einen Vergabevorbehalt wird verzichtet.
2. Der Hauptausschuss beschließt zur Finanzierung der nicht veranschlagten Auszahlungsermächtigung eine überplanmäßige investive Auszahlung im Haushaltsjahr 2014 gem. § 83 GO NRW in Höhe von 338.600 € im Teilfinanzplan 0106 –Zentrale Dienstleistungen in der Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen, Finanzstelle 0000-0106-0-0003 – Kuvertiermaschine/Spoolersoftware. Die Deckung erfolgt durch investive Wenigerauszahlungen im Teilfinanzplan 0212 – Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst in der Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen, Finanzstelle 3701-0212-0-0100 – Kraftfahrzeuge in Höhe von 175.000 € sowie durch investive Mehreinzahlungen in Hö-

he von 163.600 € im Teilfinanzplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft in der Teilplanzeile 1 – Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen, Finanzstelle 9000-1601-0-0006 – Investitionspauschale.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5 Sonstige Allgemeine Vorlagen

6 Mündliche Anfragen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

gez.

Jürgen Roters

Oberbürgermeister

gez.

Maria Lange

Schriftführerin